

N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 18. November 2019**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 14:40 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP Bezeichnung

Drucksache-Nr.

- 1. Sachstandsbericht generalistische Pflegeausbildung**
- 2. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**

2019/256

Vorsitzender

Danner, Zeno, Vorsitzender und Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Auer, Thomas, Dr.

Both-Pföst, Hubertus, Dr.

Baumgartner, Dietmar

Ellegast, Andreas (als Vertretung für den entschuldigten **Diehl**, Bernhard)

Friedrich, Stefan

Fuchs, Soteria (als Vertretung für den entschuldigten **Küttner**, Normen)

Graf, Boris

Graf, Kirsten

Häusler, Bernd

Hofer, Sigrid, Dr.

Hoffmann, Andreas

Hug, Michael

Keck, Jürgen, MdL

Özdemir, Zekine

Röwer, Marcus

Sarikas, Zahide

Röth, Sibylle

Volz, Tobias

Wehinger, Dorothea, MdL

Zoll, Wolfgang, Dr.

Als Gäste anwesende Kreisräte

Müller-Fehrenbach, Wolfgang

Beratende Mitglieder

Eberwein, Bernd, Dr.

Grams, Christian

Heintschel, Wolfgang (als Vertretung für den entschuldigten **Ehret**, Matthias)

Zedler, Reinhard

Entschuldigt:

Diehl, Bernhard

Ehret, Matthias

Hins, Sabine

Küttner, Normen

Verwaltung

Gärtner, Philipp (ELB)

Basel, Stefan

Best, Florian

Schönbucher, Cornelia

Protokoll

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die anwesenden Gäste.

Er verpflichtet Herrn Wolfgang **Heintschel**, LIGA der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, als vom Kreistag gewähltes stellvertretendes beratendes Mitglied im Ausschuss.

Herr **Heintschel** spricht folgende Worte nach:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das der in ihm lebenden Menschen nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe.“

Der **Vorsitzende** begrüßt Herrn **Heintschel** als stellvertretendes beratendes Mitglied des Sozialausschusses und verpflichtet ihn per Handschlag.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** (als Gast)

Es verwundert, dass die Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses zu TOP 1 der öffentlichen Sitzung nicht eingeladen wurden, da man dort die Entwicklung der Pflegeausbildung bisher stark mitverfolgt hatte. Es wäre wichtig, beide Ausschüsse über dieses Thema zu informieren. Daher wird darum gebeten, den Kultur- und Schulausschuss zu diesem Thema künftig einzuladen und zu informieren.

Vorsitzender

Das ist der Tatsache geschuldet, Themen möglichst nur in einem Ausschuss zu behandeln. Es wird vorgeschlagen, diesen Bericht im nächsten Kultur- und Schulausschuss nochmal zu behandeln. Für die Zukunft werden die Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses zu diesem Thema eingeladen.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Sachstandsbericht generalistische Pflegeausbildung

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Herr **Basel** und Frau **Rheinberger** stellen den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Wehinger, MdL**

Die generalistische Pflegeausbildung wird konträr diskutiert. Welche Meinungen kommen dabei aus den Ausbildungseinrichtungen und wie stehen diese zur Ausbildung?

Werben die Ausbildungseinrichtungen für die Ausbildung zum Pflegeberuf?

Kreisrat **Volz** ist dankbar, dass die Arbeit dank Frau **Rheinberger** so schnell an Fahrt aufnimmt. Gerade im ambulanten Bereich gab es große Schwierigkeiten, Pflegedienste zu finden, die ausbilden. Der ambulante Bereich ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung.

Die Pflegeanbieter müssen nun mit den Schulen enger zusammenarbeiten. An der neuen Ausbildung führt kein Weg vorbei und auch kein Weg zurück.

Kreisrätin **Özdemir**

Auch Migrantinnen und Migranten möchten diese Ausbildung machen. Es dauert allerdings immer etwas länger, teilweise bis zu zwölf Monate, bis ihre bisherigen Ausbildungen vom Regierungspräsidium anerkannt werden. Ist Frau **Rheinberger** auch für einzelne Interessierte zuständig? Ist sie auch Ansprechpartnerin, wenn die Anerkennung länger als ein Jahr dauert?

Kreisrat **Hoffmann**

Der Landkreis Konstanz hat im Vergleich zu vielen anderen Landkreisen bereits füh-

rend die Koordination der Ausbildungsstellen übernommen. Das ist sachgerecht.

Es ist schade, dass die ambulanten Pflegedienste länger gebraucht haben und einige Betriebe, die bisher ausgebildet haben, nun aufgrund einer bürokratischen Hürde ein Jahr lang nicht mehr ausgebildet haben. Nun fehlt ein halber Jahrgang.

Für die Zukunft dürfen keine weiteren Schülerinnen und Schüler, die diese Ausbildung gerne machen würden, verloren gehen. Bürokratie darf keine Hürde sein.

Es besteht noch ein Langzeitwunsch, auf den bereits mehrfach hingewiesen wurde. Für den Beruf der Pflege sollte mehr geworben werden, insbesondere auch an Schulen. Die Ausbildungsmesse MARS allein reicht dazu nicht aus. Es fehlt eine neutrale Stelle, die an den Schulen neutral über den Pflegeberuf berichtet und dafür wirbt.

Das Land Baden-Württemberg wollte eine zweite Pflegeoffensive starten. Der Landkreis könnte dort den Antrag stellen, die Stelle von Frau **Rheinberger** genau dafür zu nutzen um an den Schulen für den Pflegeberuf zu werben. Das sollte kein Träger sein, jedoch eine neutrale Behörde/Institution, die die Pflegesituation im Landkreis kennt.

Aus Sicht eines Trägers wird in der Pflege die Erfahrung gemacht, dass es zu wenige Möglichkeiten gibt, bei Migranten und Migrantinnen für den Beruf zu werben. Auch dort ist dieser Beruf nicht mehr gut angesehen und spielt daher oft auch keine Rolle bei der Berufswahl. Das ist sehr schade.

Vorsitzender

Die Anerkennung von Flüchtlingen ist nicht Aufgabe von Frau **Rheinberger**, sondern vom Regierungspräsidium. Frau Staatsministerin **Schopper** und der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr **Reinhart**, haben vergangene Woche auf der Landrätekonzferenz viel Druck aus den Reihen der Landräte dazu erhalten. Frau **Schopper** erwähnte daraufhin, dass dazu etwas im Staatshaushaltsplan vorgesehen wäre.

Die Werbung an Schulen ist abhängig von der Kapazität von Frau **Reinhardt**. Die Idee kann aber ins Auge gefasst werden.

Frau Rheinberger

Die Meinungen der Ausbildungseinrichtungen sind kontrovers, was aufgrund unterschiedlicher Interessenslagen auch nachvollziehbar ist. Im Bereich der Altenpflege wird die neue Ausbildung teilweise positiv aufgenommen, teilweise besteht die Befürchtung, dass die Altenpflege vernachlässigt wird.

Generell haben die meisten Einrichtungen die neue Art der Ausbildung anfangs kritisch gesehen. Nach vielen persönlichen Gesprächen haben sich einige Meinungen jedoch bereits geändert. Viele Meinungen beruhten auch auf falschen Fakten.

Den Bereich Werbung haben viele Einrichtungen bemängelt. Das ist noch ausbaufähig. Für Migrantinnen und Migranten werden auch Sprachkurse an den Schulen angeboten.

Kreisrat Müller-Fehrenbach

Es gibt Personen, insbesondere Erwachsene, die die Schule bereits verlassen haben und die ihren Beruf wechseln möchten. Auch an dieses Klientel sollte gedacht werden.

Gibt es Kosten wie bspw. Schulgeld oder andere Ausbildungskosten? Gibt es bereits während der Ausbildungszeit eine Vergütung für diese Tätigkeit?

Herr Dr. Eberwein

Die Zuweisung von Praktikantinnen und Praktikanten auf die einzelnen Stellen muss fair geregelt werden. Daher wurde immer dafür plädiert, dass diese von einer unabhängigen Stelle koordiniert wird. Ziel ist, dass die Ausgebildeten hinterher auch ein faires Miteinander mit den Betrieben und Einrichtungen finden.

Kreisrätin **Dr. Hofer** findet die zentrale Koordinierungsstelle gut.

Ist Frau **Rheinberger** auch die Ansprechpartnerin für gravierende Probleme bei den

Auszubildenden?

Wird das Ausbildungsniveau der verschiedenen Ausbildungsstätten auch beurteilt bzw. miteinander verglichen?

Frau **Rheinberger**

Es ist klar, dass die Personengruppe der Erwachsenen, die sich umorientieren möchten, nicht vergessen werden darf. Das wird auf jeden Fall mitgenommen.

Das Schulgeld wurde im Rahmen des Gesetzes bereits abgeschafft.

Ausbildungsvergütung wird es auch weiterhin geben.

Ob die Koordinierungsstelle auch für weitere Themen zusätzlich zur Koordinierung zuständig sein wird, ist noch offen. Im Vordergrund steht momentan die Koordinierung.

Herr **Basel**

Die Hauptaufgabe von Frau **Rheinberger** ist rein organisatorischer Natur und umfasst die Einsatzplanung. Sie hat keine Rolle als „Ombudsfrau“ und ist auch nicht in das Vertragsverhältnis zwischen dem Ausbildungsbetrieb und den Schülerinnen und Schülern eingebunden.

Evtl. gehören Werbung und Vernetzung noch dazu. Auch die Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis gehört dazu.

Beschluss:

Entfällt.

2. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgt keine Wortmeldung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 14:40 Uhr.

Der Vorsitzende:

Für den Ausschuss:

Zeno Danner

Marcus Röwer

Dr. Sigrid Hofer

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann